
Berichte

Gewerkschaften und Öffentlichkeit

I.

Wie andere gesellschaftliche Organisationen und Parteien, läßt auch der DGB seit vielen Jahren regelmäßig sein Ansehen in der Öffentlichkeit testen. Was bringt diese Form der Meinungsforschung? Die Außenansicht des gesamten Gewerkschaftskörpers mit seinen Einzelgewerkschaften auf allen Ebenen hat viele Facetten und Perspektiven, je nach Standpunkt des Betrachters. Das Bild der Gewerkschaften in der veröffentlichten Meinung der Medien ist eine dieser Seiten, und nicht die unwichtigste. Eine systematische Inhaltsanalyse oder eine intensive Befragung von Journalisten könnte hier Aufschluß geben, die Defizite, die allen oberflächlich bekannt sind, klarer herauszuarbeiten. Das Bild des DGB bei Meinungsführern in anderen gesellschaftlichen Organisationen und in den politischen Parteien bietet eine weitere Facette der konturenreichen Außenansicht. Es gibt hier nicht einfach nur Schwarz-Weiß-Bilder - befreundete Organisationen meinen es gut, konkurrierende sehen nur schwarz, bzw. rot, je nachdem. Bei einer so großen Organisation wie dem DGB bestimmt schließlich auch die Innenansicht seiner Mitglieder das äußere Ansehen. Denn die überwiegende Mehrheit der abhängig Beschäftigten ist Mitglied, war Mitglied oder schließt eine Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft in näherer Zukunft nicht aus. Die Meinung innerhalb der Mitgliedschaft kann durch Äußerungen der Vertretungsorgane der Organisation, der „berufenen Sprecher“, durch interne Meinungsumfragen, wie kürzlich bei der IG-Metall, oder auch besonders deutlich durch die wechselnden Mitgliederzahlen gemessen werden. In einem freiwilligen Verband, der einen deutlichen Beitrag kostet, aber dem einzelnen Mitglied manchmal nur einen undeutlichen eigenen Nutzen (Tarifabschlüsse kommen allen zugute) abwirft, reagiert die Mitgliedschaft sehr sensibel durch eine „Abstimmung mit den Füßen“ bei Motivations- und Meinungsschwankungen.

Diese drei wichtigen Quellen für die Außenansicht des DGB - Medien, Meinungsführer, Mitglieder - müssen also mitbeachtet werden, wenn hier eine vierte Quelle, die Gesamtbevölkerung in einer repräsentativen Meinungsumfrage, in den Mittelpunkt gestellt wird. Auch wenn eine ausreichend große Stichprobe die Aufteilung nach Altersgruppen, Regionen, Berufsgruppen, Betriebsgrößen usw. erlaubt, ersetzt die Repräsentativerhebung nicht die vertiefte Erforschung der drei übrigen Quellen. In diesem kurzen und mehr informierenden als tiefer analysierenden Beitrag sei sie aber in den Vordergrund gestellt; späteren Beiträgen soll die Verbreiterung vorbehalten bleiben.

II.

Die Daten für das Gewerkschaftsbarometer 1982 wurden von der MARPLAN Forschungsgesellschaft, Offenbach im Dezember 1982 erhoben. Meist jährlich wird seit vielen Jahren diese „Fieberkurve“ der Gewerkschaften gemessen, so daß — im Gegensatz zu vielen kurzfristigen und deshalb mangels Vergleichszahlen wenig brauchbaren Meinungsbefragungen — längerfristige Trends verfolgt werden können.

Die Erhebungen weisen immer einen Standardkomplex auf, der mit aktuellen Zusatzfragen ergänzt wird. Das jüngste Barometer gliedert in 7 Kapiteln folgende Themen:

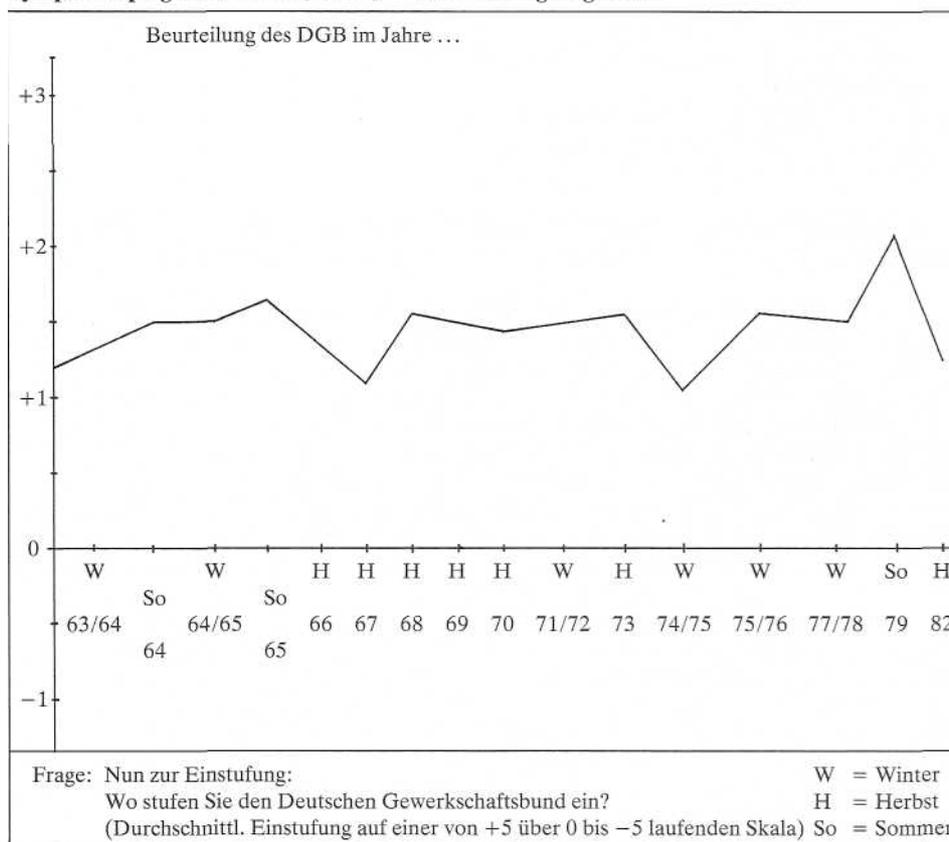
1. Gewerkschaftsmitgliedschaft,
2. Ansehen der Gewerkschaften,
3. Einstellung zu Aufgaben der Gewerkschaften,
4. Sparmaßnahmen,
5. Rationalisierung und Arbeitsplätze,
6. Einstellung zur Mitbestimmung,
7. Meinungen über Angestellte.

In diesem Kurzbericht werden in erster Linie Fragen aus den Kapiteln 1-3 herausgegriffen, da die übrigen sich für eine Kurzdarstellung nicht eignen.

1. Gewerkschaftsmitgliedschaft. Die Eckdaten zur Mitgliedschaft bestätigen das bekannte Bild: knapp 40 Prozent der beschäftigten Arbeitnehmer sind Mitglied einer Gewerkschaft; 7 Prozent geben an, früher bereits organisiert gewesen zu sein. Facharbeiter, Beamte, Männer, ältere und in Großbetrieben und Großstädten arbeitende Beschäftigte sind häufiger organisiert als andere. Interessant sind das Ausmaß der Beitrittsbereitschaft bei Nichtorganisierten und die Gründe für Nichtbereitschaft zur Gewerkschaftsmitgliedschaft. 1979 waren nur 28 Prozent der Nichtmitglieder bereit, unter Umständen einer Gewerkschaft beizutreten; 1982 wuchs diese Zahl auf 41 Prozent. Wirtschaftliche Krisenverschärfung steigert wohl das Bedürfnis nach gewerkschaftlicher Unterstützung, ohne allerdings unbedingt eine Mitgliedschaft tatsächlich zu realisieren. Bei den Gründen für das Ablehnen eines Gewerkschaftsbeitritts überwiegen drei Komplexe: (1) 37 Prozent sind generell ablehnend eingestellt: „Ich brauche keine Gewerkschaft“; (2) 19 Prozent sind die Beiträge zu hoch bzw. die Leistungen im Verhältnis zu niedrig; 15 Prozent führen den Skandal um die Neue Heimat an; (3) einem Rest ist die Gewerkschaft entweder „zu stur“ oder zu politisch (7 Prozent) bzw. zu schlaff (5 Prozent); und immerhin 4 Prozent geben offen zu, daß die Geschäftsführung gegen einen Beitritt sei. Schließlich bleiben immer noch ca. 25 Prozent, die keine Gründe anführen können, warum sie nicht Mitglied sind. Das Potential für größere Stärke ist also zweifellos vorhanden. Nicht wenige Gründe für neue Mitgliedschaft können von Gewerkschaften selbst bewegt und verändert werden.

2. Ansehen der Gewerkschaften. Der Dezember 1982 war eine kritische Phase für die deutschen Gewerkschaften. Zur allgemeinen Wirtschaftskrise kam die Niederlage der SPD-geführten Bundesregierung im Oktober, der sich der DGB besonders verbunden fühlte. Schließlich hatte der Skandal um die Neue Heimat mit immer wieder neuen Enthüllungen die Gewerkschaften schwer erschüttert. Ansehen und Sympathie des DGB konnten in dieser Lage nicht gut aussehen. Tatsächlich ist die Einstellung zur Notwendigkeit der Gewerkschaften von 1979 auf 1982 um 6 Prozent (von 71 Prozent auf 65 Prozent) gesunken. Bezieht man aber den längerfristigen Trend mit ein, so zeigt sich eine wechselnde Kurve, die Höhepunkte 1979, 1971 und 1965 bei ca. 70 Prozent, dazwischen immer wieder Tiefen von 63 Prozent im Jahre 1974/75 oder 61 Prozent im Jahre 1968 und 62 Prozent in den Jahren 1960/61 aufwies. Ähnlich sieht es bei der Einstufung des DGB auf einer Sympathieskala zwischen +5 über 0 bis -5 aus. Der durchschnittliche Sympathiewert fiel zwischen 1979 und 1982 von +2,1 auf +1,3. Aber auch hier ist kaum der Skandal um die Neue Heimat aktueller Auslöser, sondern die wirtschaftliche Krise, die bereits 1967 und 1974 ähnliche und sogar etwas gravierendere Tiefpunkte in der Kurve hervorrief (siehe Schaubild). Bei der Nachfrage zur Veränderung des Ansehens des DGB in letzter Zeit sind

Sympathiespiegel des DGB (Trend) – Bevölkerung insgesamt –



4 Prozent der Meinung es habe sich „verbessert“, 30 Prozent sagen „verschlechtert“ und 6 Prozent „gleichgeblieben“. Die überwiegende Mehrheit derjenigen, die „verschlechtert“ sagt, führt dies auf den Skandal um die Neue Heimat zurück. Gerade in diesem Zusammenhang ist es aber interessant, daß bei der folgenden Frage „In der Bundesrepublik gibt es eine Reihe von Organisationen und Verbänden, die neben ihrer eigentlichen Aufgabe auch wirtschaftlich tätig sind und Kapital angesammelt haben. Welche der folgenden Organisationen und Verbände sind Ihrer Meinung nach zu reich?“ - zwischen 1979 und 1982 (diese Zahlen in Klammern) die Reihenfolge deutlich verändert wurde: Katholische Kirche 60 Prozent (50 Prozent); Gewerkschaften 52 Prozent (39 Prozent); Arbeitgeberverbände 41 Prozent (43 Prozent); Ärzteverbände 37 Prozent (46 Prozent). Es ist verhängnisvoll, daß dieser Trend zu einer realistischen Sicht der Gewerkschaften durch den Neue-Heimat-Skandal nachdrücklich gestört wurde.

3. *Einstellung zu Aufgaben der Gewerkschaften.* In diesem Kapitel geht es um die Programmpunkte des DGB und seine Prioritäten und insbesondere um Probleme der Arbeitszeitverkürzung, der Tarifverhandlungen und der Streikbereitschaft. Die Prioritäten der Programmpunkte des DGB bilden einen erwarteten Schwer-

punkt bei der Sicherung der Arbeitsplätze. Dies ist für Gewerkschaftsmitglieder noch überragender wichtig als für die übrigen Arbeitnehmer (siehe Tabelle).

Prioritäten der Programmpunkte des DGB

Am wichtigsten ist ...	Arbeitnehmer insgesamt %	Gewerkschaftsmitglieder %	Beitrittswillige %	Übrige Nichtmitglieder %
Sicherung der Arbeitsplätze	89	91	84	89
Sicherung der Renten	40	40	32	45
Erhaltung des Systems der sozialen Sicherung	33	32	30	36
Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre	29	28	27	32
gleiche Bildungschancen und bessere Berufsausbildung	18	15	18	20
mehr Umweltschutz	14	10	16	18
Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Wochenstunden	11	10	13	10
mehr Mitbestimmung	10	15	12	4
höhere Löhne und Gehälter	10	10	15	
Lohn-/Einkommenssteuersenkung	8	11	6	8
mehr Vermögensbildung bei Arbeitnehmern	8	7	10	7

Frage: Welche Programmpunkte aus dieser Liste halten Sie für die drei wichtigsten, um die sich der Deutsche Gewerkschaftsbund kümmern sollte?

Betrachtet man beim Programmpunkt Arbeitszeitverkürzung mit seinen Alternativen - Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden, Herabsetzung des Lebensalters auf 60 Jahre, Verlängerung des Jahresurlaubs - betrachtet man also hier die Daten näher, so plädiert zwar ungefähr der gleiche Anteil von jeweils 23 Prozent für die Optionen kürzerer Wochen- und Jahresarbeitszeit und eine über doppelt so starke Gruppe (49 Prozent) für die Verringerung der Lebensarbeitszeit; aber das Bild verbirgt eine ganz starke Differenzierung, insbesondere beim Faktor Alter. Die 19-30jährigen wollen zum Beispiel nur zu 30 Prozent die Lebensarbeitszeit kürzen; aber 55 Prozent der 31-50jährigen ziehen eine kürzere Lebensarbeitszeit den beiden anderen Möglichkeiten vor. Voreilige Schlüsse sind deshalb aus den Daten nicht zu ziehen, sondern Trends und Ausdifferenzierungen sorgfältig zu beobachten.

III.

Zusammenfassend kann man sagen, daß mehr noch die Gewerkschaften als die große Mitgliederpartei SPD zu den schwerfälligen Tankern gehören, die zur Reaktion auf Umwelteinflüsse und zur Kursänderung viele Kilometer Fahrtstrecke benötigen. Immer wieder können bei den Gründen für Nichtmitgliedschaft oder gesunkenem Ansehen des DGB die skandalösen Enthüllungen um die Neue Heimat zum Vorschein kommen. Aber es scheint auch aus den Daten hervorzugehen, daß die Mitgliedschaft und die Beitrittswilligen fast noch mehr betroffen sind als die übrige Bevölkerung, die den Gewerkschaften fernsteht. Die Gewerkschaften sind nicht nur

Spielball der Konjunktur, wenn auch Motivation und Engagement dadurch deutlich beeinflußt werden. Entscheidende Größen für das Bild der Gewerkschaften in der Bevölkerung und in der Mitgliedschaft haben sie selbst in der Hand. Ökonomische Krisen sind auch Problemphasen für Gewerkschaften. Sie bieten keinen automatischen Durchbruch von Arbeiterbewußtsein. Angst und Unsicherheit um Arbeitsplätze lähmen die Organisationsbereitschaft. Aber es sind zugleich Chancen des Engagements und der Aktivierung aus der Krise heraus deutlich. Hier erwarten gerade die jungen Generationen der abhängig Beschäftigten in den Betrieben mehr von den Gewerkschaften als bisher. Die Gewerkschaften müssen gerade diese Anforderungen der jungen Generation zur Kenntnis nehmen, um der Gefahr des Einfrierens zu entgehen.

Prof. Dr. Ulrich von Alemann,
Universität Duisburg
Gesamthochschule